

Politisches Feuilleton

23.10.2002 • 7.20

Ludwig Watzal

Die lange Spur nach Bali

Der Name Al-Qaida ist zum Inbegriff des internationalen Terrorismus geworden. Die Organisation sorgt für Medienpräsenz. Ist sie deshalb automatisch auch für jeden Anschlag haftbar zu machen? In Saudi-Arabien, Kenia, den Philippinen, Indien, Algerien, Israel, Palästina, Jemen, Tunesien und jetzt Bali, um nur einige Orte zu nennen, hat der Terror seine hässliche Fratze gezeigt und Tod und Verwüstung hinterlassen. Bei der terroristischen Bedrohung handelt es sich nicht um ein einheitliches Phänomen, sondern um eine Hydra mit vielen Köpfen. Der grauenhafte Terroranschlag auf der Ferieninsel Bali hat überdeutlich gemacht, dass auf die Anti-Terror-Koalition noch viel Arbeit wartet; der Einsatzorte gibt es viele. Die Prioritäten der Allianz gegen den internationalen Terror müssen nach dem erneuten Anschlag neu festgelegt werden. Die Kampfmittel dürfen sich nicht nur auf den militärischen Bereich beschränken. Auf die Herausforderung dieses schattenhaften Phänomens kann nur mit einer differenzierten Strategie geantwortet werden, die politische, wirtschaftliche, soziale und auch militärische Mittel enthalten muss. Die deutsche 'uneingeschränkte Solidarität' gegen den Terror, aber nur gegen diesen, muss bestehen bleiben. Für politisches Abenteuerertum gilt diese Solidarität jedoch nicht.

Schon mutmaßen einige Experten, dass der Terroranschlag von Bali nur ein weiteres Mosaik in einem globalen Kampf der Kulturen sei. Diese These ist jedoch mit äußerster Vorsicht zu genießen. Zu unterschiedlich ist das jeweilige gesellschaftspolitische Umfeld, das mitberücksichtigt werden muss. Obwohl die islamistischen Terroristen primär westliche Symbole angreifen, gibt es keinen Globalkonflikt zwischen dem Westen und dem Islam. Auf diesen globalen Konflikt zielt aber das Kulturkampfeszenario, das der amerikanische Politikwissenschaftler Samuel Huntington in seinen Schriften entworfen hat. Diesem Zerrbild über 'den Islam' entspricht ein eben solches Zerrbild über 'den Westen' in den Köpfen einiger Islamisten, welche die Lehre Mohammads für ihre politischen Ziele missbrauchen. Aber mit welchem Recht halten diese Islamisten alles Westliche

für dekadent? Stammen nicht ihre politischen und moralischen Vorstellungen, für die sie universelle Gültigkeit beanspruchen, aus längst vergangenen Zeiten? Geht es ihnen um Religion oder doch eher um die Durchsetzung ihrer demokratiefeindlichen politisch-fundamentalistischen Vorstellungen? Der größte Feind für die Ideologie des Islamismus ist der Bazillus der Freiheit und dafür steht allein der Westen. Die Freiheit soll letztendlich getroffen werden, der Weg dazu führt über die vermeintliche Dekadenz in Form westlicher Symbole.

Wie problematisch das Kulturkampfeszenario ist, soll das Beispiel Indonesien und der Nahe Osten verdeutlichen. In Bali wurde wieder die gesamte westliche Welt in Form des globalen Tourismus getroffen. Nichtsahnende Menschen wurden im Urlaub ermordet. Ob hinter dieser kranken, kaltblütigen Logik 'Rationalität' steckt, kann bezweifelt werden. Die vermeintlichen politischen Ziele bleiben im Nebulösen. Nicht weil Indonesien das größte muslimische Land der Welt ist, gibt es dort Terror, sondern die Ursachen liegen wohl in der politischen und ökonomischen Instabilität dieses heterogenen Staatsgebildes. Der Islam wird in Indonesien in ähnlicher Form praktiziert wie das Christentum in Europa. In diesem eher religiös indifferenten Klima haben sich aber radikale Parteien, Zellen und Banden gebildet, welche die ethnischen und regionalpolitischen Spannungen für ihre politischen Zwecke auszunutzen versuchen. Unter der Diktatur Suhartos wurden diese Konflikte brutal unterdrückt. Seit seinem Sturz verhalten sich die Nachfolgeregierungen gegenüber den verschiedenen extremistischen Gruppen zu passiv. Vielleicht ändert sich dies jetzt.

Völlig anders stellt sich das Phänomen des Terrorismus im Nahen Osten dar. Dort kämpfen islamistische Gruppen nicht gegen 'den Westen', sondern gegen die israelische Besatzungsmacht, die dem palästinensischen Volk sein Selbstbestimmungsrecht und seine Freiheit vorenthält. Diese Besatzungspolitik hat das Phänomen der Selbstmordattentäter hervorgebracht. Selbstmord ist nichts dem Islam Inhärentes, sondern auch in dieser Religion ein Sünde. Wie illegitim diese Widerstandsmethode auch ist, so verweist sie doch auf die Unterschiedlichkeit der Ursachen des Terrors, die überall gesellschaftlicher Natur sind.

Auf diese Verschiedenartigkeit der Ursachen des Terrors hat die Bundesregierung immer hingewiesen. Sie sollte ihren Einfluss dahingehend geltend machen, dass der Konflikt mit Saddam Hussein nicht der Auslöser für einen globalen Kampf der Kulturen wird. Dieses Konfliktszenario darf nicht zur sich selbsterfüllenden Prophezeiung werden.